

Auftragsbekanntmachung

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:	Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Gesundheit, dieses vertreten durch das Bundesverwaltungsamt
Ort:	Köln
NUTS:	Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land:	Deutschland (DE)
E-Mail:	bieterfragen@vdivde-it.de
Hauptadresse:	http://www.vdivde-it.de

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=186164>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:

folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung:	VDI/VDE Innovation + Technik GmbH
Postanschrift:	Steinplatz 1
Postleitzahl:	10623
Ort:	Berlin
NUTS:	Berlin (DE300)
Land:	Deutschland (DE)
E-Mail:	bieterfragen@vdivde-it.de
Hauptadresse:	http://www.vdivde-it.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:

an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung

Bezeichnung des Auftrags:

Studie zur Umsetzung der Berichtspflicht der Länder zu Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen

Referenznummer der Bekanntmachung:

415-43164-1/715

II.1.2) CPV-Code

Hauptteil:

Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens (85000000)

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung

Leistungsgegenstand des Auftrags „Studie zur Umsetzung der Berichtspflicht der Länder zu Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen“ ist die Bestandsaufnahme der aktuellen Rechtslage und der Praxis der Investitionskostenförderung in allen Ländern. Die Unterschiede sind darzustellen und die landesspezifischen Begründungen sind aufzuführen. Es wird erwartet, dass eine intensive Untersuchung durchgeführt wird, welche die Fördervorgaben und -bedingungen in den einzelnen Ländern darstellt und auf der Basis öffentlich zugänglicher Daten (z.B. Landeshaushalte, kommunale Haushalte) zur Verfügung stehende Mittel und die getätigten Ausgaben/Investitionen enthält. Die zuständigen Behörden der Länder sind einzubeziehen. Näheres ist der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.:

550.000,00

Währung:

EUR Euro

II.1.6) Angaben zu den Losen

keine Aufteilung des Auftrags in Lose

II.2) Beschreibung

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code:

DEUTSCHLAND (DE)

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung

Leistungsgegenstand des Auftrags „Studie zur Umsetzung der Berichtspflicht der Länder zu Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen“ ist die Bestandsaufnahme der aktuellen Rechtslage und der Praxis der Investitionskostenförderung in allen Ländern. Die Unterschiede sind darzustellen und die landesspezifischen Begründungen sind aufzuführen. Es wird erwartet, dass eine intensive Untersuchung durchgeführt wird, welche die Fördervorgaben und -bedingungen in den einzelnen Ländern darstellt und auf der Basis öffentlich zugänglicher Daten (z.B. Landeshaushalte, kommunale Haushalte) zur Verfügung stehende Mittel und die getätigten Ausgaben/Investitionen enthält. Die zuständigen Behörden der Länder sind einzubeziehen. Näheres ist der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien:

Qualitätskriterium

Name: Qualität / Gewichtung: 50

Qualitätskriterium

Name: Umsetzbarkeit des Vorgehens bei den einzelnen Arbeitspaketen /

Gewichtung: 20

Preis

Gewichtung: 30

II.2.7) Laufzeit des Vertrags oder der Rahmenvereinbarung

Beginn:

04.05.2018

Ende:

30.11.2019

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind nicht zulässig.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird:

nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben zum Bieter (Formular-Ziffern I bis VII „Eigenerklärungen zur Eignung“)

- Bieterbogen (entspricht Ziffer I): Der Bieter hat die Bezeichnung seines Unternehmens mit Anschrift, Telefon- und Faxnummer sowie E-Mail-Adresse und Ansprechpartner/in zu nennen. Der Bieterbogen des Bieters entsprechend Formularblatt I ist von dem Bieter und ggf. allen an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen, nicht aber von den einzelnen Unterauftragnehmern auszufüllen.

- Erklärung zum Einsatz von Unterauftragnehmern (nur soweit einschlägig; entspricht Ziffer II): Der Bieter hat anzugeben, welche Leistungsbestandteile von welchem Unternehmen erbracht werden sollen. Das gilt auch für etwaige Unterauftragnehmer, sofern diese bereits feststehen. Dabei ist kenntlich zu machen, welchen Status (Unterauftragnehmer) das jeweilige Unternehmen genießt. Die einzelnen Unternehmen sind mit vollständiger Firma unter Bezeichnung des Unternehmenssitzes zu benennen.

- Verpflichtungserklärung im Rahmen der Eignungsleihe (nur soweit einschlägig; entspricht Ziffer III): Erklärung des sich verpflichtenden Unternehmens, dass im Falle der Zuschlagserteilung dem Bieter die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen.

- Erklärung der Bietergemeinschaft (nur soweit einschlägig; entspricht Ziffer IV): In der Erklärung sind sämtliche Konsortialpartner der Bietergemeinschaft zu benennen. Es ist anzugeben, welche Leistungsbestandteile von welchem Unternehmen erbracht werden sollen. Dabei ist kenntlich zu machen, welchen Status (Mitglied einer Bietergemeinschaft) das jeweilige Unternehmen genießt. Die einzelnen Unternehmen sind mit vollständiger Firma unter Bezeichnung des Unternehmenssitzes zu benennen.

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB i. V. m. § 42 VgV (entspricht Ziffer V).

- Eigenerklärung zum Nachweis der Zuverlässigkeit trotz Vorliegens von Ausschlussgründen

- Selbstreinigung nach § 125 GWB (entspricht Ziffer VI).

Zusätzlich: Auszug aus dem Handelsregister

Aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder anderen Berufsregistern für den Leistungserbringer (nicht älter als sechs Monate, wobei für die Berechnung der Tag maßgeblich ist, an dem die Angebotsfrist endet), soweit die Eintragung für den jeweiligen Leistungserbringer nach den jeweils einschlägigen Rechtsnormen vorgeschrieben ist. Die Vorlage einer Fotokopie reicht aus.

Zusätzlich: Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung

Vorlage eines Nachweises zur bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung, die den gesamten Vertragszeitraum abdeckt.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zu 1.: Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre. Sollte ein Unternehmen erst seit weniger als drei Jahren bestehen, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit Unternehmensgründung zu machen. Es ist zudem gesondert und unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass das betreffende Unternehmen seit weniger als drei Jahren besteht.

Der jährliche Gesamtumsatz des Unternehmens muss mindestens doppelt so hoch wie der Brutto-Auftragswert sein. Dies gilt als Mindestanforderung.

Zu 2.: Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre zu mit dem Auftragsgegenstand vergleichbaren Leistungen. Sollte ein Unternehmen erst seit weniger als drei Jahren bestehen, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit Unternehmensgründung zu machen. Es ist zudem gesondert und unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass das betreffende Unternehmen seit weniger als drei Jahren besteht.

Als vergleichbar werden Leistungen anerkannt, im Bereich der Durchführung von Studien, Beratungen und Datenanalysen im Gesundheits-, Pflege oder Sozialbereich in einem ähnlichen Umfang.

Der jährliche projektbezogene Umsatz muss mindestens genauso hoch wieder der Brutto-Auftragswert sein. Dies gilt als Mindestanforderung.

Zusätzlich: Bankauskunft

Vorlage einer aktuellen schriftlichen Auskunft eines Kreditinstituts zum Zahlungsverhalten des Unternehmens (nicht älter als drei Monate, wobei für die Berechnung der Tag, an dem die Angebotsfrist endet, maßgeblich ist). Die Auskunft muss erkennen lassen, wie lange die Geschäftsverbindungen zwischen dem jeweiligen Kreditinstitut und dem Unternehmen bestehen. Zudem muss die Auskunft darlegen, ob die Kundenbeziehungen zum Unternehmen ordnungsgemäß verlaufen. Die Vorlage einer Fotokopie reicht aus.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der jährliche Gesamtumsatz des Unternehmens muss mindestens doppelt so hoch wie der Brutto-Auftragswert sein. Dies gilt als Mindestanforderung.

Der jährliche projektbezogene Umsatz muss mindestens genauso hoch wieder der Brutto-Auftragswert sein. Dies gilt als Mindestanforderung.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Erklärung zur Anzahl der zum Zeitpunkt der Angebotseinreichung fest angestellten Mitarbeiter/innen, die im projektrelevanten Umfeld tätig sind, sowie zur Anzahl der zum Zeitpunkt der Angebotseinreichung fest angestellten Mitarbeiter/innen, die für das Projekt zur Verfügung stehen.

- Referenzen

Ausführliche Darstellung von Referenzen des Bieters über die Durchführung vergleichbarer Aufgaben in den letzten drei Jahren (maßgeblich für die Berechnung ist der Tag, an dem die Angebotsfrist endet). Für die Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit einer Bietergemeinschaft wird diese als Ganzes beurteilt. Es ist ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft die geforderten Erklärungen und Nachweise erbringt, soweit sich aus den folgenden Festlegungen nichts anderes ergibt.

Die entsprechenden Darstellungen müssen eine hinreichend ausführliche

Beschreibung des Auftragsinhalts und des zeitlichen Auftragsumfangs in Personentagen enthalten.

Durch die Referenzen sollen folgende Gesichtspunkte nachgewiesen sein:

- Kompetenzen und Erfahrungen in der Durchführung von Studien, Datenanalysen und Beratungsleistungen im Gesundheits-, Pflege- oder Sozialwesen, die einen ähnlichen Rahmen wie die ausgeschriebene Leistung hatten,
- mindestens zweijährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen, mit Gesundheits- und Pflegewirtschaft (einschließlich nationalen Sozialpartnern, Verbänden u.ä.), mit Wissenschaftsorganisationen und Stiftungen,
- mindestens zweijährige Erfahrungen bei der Aufbereitung von Forschungsergebnissen sowie bei der Erstellung von Bestandserhebungen, Machbarkeitsstudien und Evaluierungen,
- mindestens zweijährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Auftraggebern, vorzugsweise mit Bundesbehörden, Ministerien und in der Politikberatung.

Ein Referenzauftrag kann mehrere der geforderten Gesichtspunkte abdecken. Es sind jedoch insgesamt mindestens drei verschiedene Referenzaufträge zu benennen. Hinweis: Die Vorlage von Unternehmensreferenzen des Unterauftragnehmers ist zulässig, aber nicht zwingend erforderlich.

- Verantwortliche bzw. leitende Mitarbeiter/innen

Ausführliche Darstellung der Qualifikationen und fachbezogenen Erfahrungen der für die Leistungserbringung vorgesehenen verantwortlichen bzw. leitenden Mitarbeiter/innen des Bieters. Für die vorgesehenen verantwortlichen bzw. leitenden Mitarbeiter/innen müssen insgesamt folgende Qualifikationen anhand der Qualifikationsprofile jeder/s einzelnen der einzusetzenden Mitarbeiter/innen nachgewiesen werden, wobei für jede der im Folgenden genannten Qualifikationen Referenzen vorzulegen sind:

- Profunde Kenntnisse im Gesundheitswesen und der Wohlfahrtspflege,
- Mindestens zweijährige Erfahrungen in vergleichbaren Projektleitungen,
- Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Auftraggebern,
- Erfahrungen in der Durchführung und Auswertung von Datenanalysen im Gesundheits- und Pflegebereich.

- Sonstige Mitarbeiter/innen

Ausführliche Darstellung der Qualifikationen und fachbezogenen Erfahrungen der für die Leistungserbringung vorgesehenen sonstigen Mitarbeiter/innen des Bieters. Für das Mitarbeiterteam müssen insgesamt folgende Qualifikationen anhand der Qualifikationsprofile jeder/s einzelnen der einzusetzenden Mitarbeiter/innen nachgewiesen werden, wobei für jede der im Folgenden genannten Qualifikationen Referenzen vorzulegen sind:

- Kenntnisse über das deutsche Gesundheitswesen und über die deutsche Pflegeversicherung,
- Kenntnisse und Erfahrungen in der wissenschaftlichen Forschung (qualitative und quantitative Methoden),
- Erfahrungen in der Forschungsarbeit und der bedarfsgerechten Aufbereitung von Forschungsergebnissen
- sowie Erfahrungen bei der Unterstützung des Forschungstransfers.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bieter sollte zum Zeitpunkt der Angebotseinreichung mindestens 6 Mitarbeiter/innen im projektrelevanten Umfeld beschäftigen, wovon mindestens 4 Mitarbeiter/innen für das Projekt zur Verfügung stehen. Dies gilt als Mindestanforderung.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen:

nein

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag:

14.03.2018

Ortszeit:

12:00

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch (DE)

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis:

31.05.2018

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag:

14.03.2018

Ortszeit:

15:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist kein wiederkehrender Auftrag.

VI.3) Zusätzliche Angaben

Die Vergabeunterlagen können ausschließlich in digitaler Form über die e-Vergabepattform des Bundes (,www.evergabe-online.de‘) heruntergeladen werden. Informationen zu der e-Vergabepattform des Bundes und den technischen Voraussetzungen sind auf der Internetseite ,www.evergabe-online.info‘ abrufbar und erteilt der Support des Beschaffungsamts des BMI (Tel.: 0228/99 610 1234, EMail: support@bescha.bund.de). Angebote bzw. Teilnahmeanträge nebst Anlagen sind in zweifacher Ausfertigung ausschließlich per Post an die oben genannte Kontaktstelle zu senden. Angebote, Teilnahmeanträge und Anlagen (z.B. Eigenerklärungen), die über die e-Vergabepattform des Bundes abgegeben werden, gelten als nicht eingegangen und werden nicht berücksichtigt. Fragen zu dem Verfahren oder den Vergabeunterlagen sind schriftlich - per E-Mail oder Fax - der oben genannten Kontaktstelle zu übermitteln. Fragen, die über die e-Vergabepattform des Bundes gesendet werden, werden nicht bearbeitet und sind nicht zugelassen. Die Fragen und Antworten werden allen Bietern bzw. Bewerbern in anonymisierter Form auf der e-Vergabepattform zur Verfügung gestellt. Sie werden nicht per e-Vergabepattform an alle Bieter bzw. Bewerber gesendet. Die Bieter bzw. Bewerber sind verpflichtet, sich regelmäßig zu informieren, ob die Vergabeunterlagen aktualisiert worden sind. Bieter bzw. Bewerber, die der oben genannten Kontaktstelle ihre E-Mail-Adresse mitteilen, werden per E-Mail informiert, sobald Aktualisierungen der Vergabeunterlagen auf der e-Vergabepattform abrufbar sind. Weitere Informationen zu Angeboten, Teilnahmeanträgen und Bieterfragen sind den Bewerbungsbedingungen zu entnehmen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle

Bezeichnung:	Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Postanschrift:	Villemombler Straße 76
Postleitzahl:	53123
Ort:	Bonn
Land:	Deutschland (DE)

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

05.02.2018